

Wir In Pforzheim (WiP)

1. Wir sind Bürger Pforzheims aus allen Bevölkerungsschichten, die keine parteipolitischen Ziele verfolgen
2. Wir sind weder eine Partei noch eine Wählervereinigung. Viele Menschen fühlen sich von der Politik nicht mehr vertreten. Die Bürger*innen sollen im kommunalen Geschehen mehr als bisher in Entscheidungs- und Planungsprozesse einbezogen werden.
3. Die Bürger der Stadt sollen als Betroffene zu Beteiligten gemacht werden.
4. Wir in Pforzheim ist entstanden aus attac-Mitgliedern, der Bürgerinitiative BiB – Busse in Bürgerhand (zwei Bürgerentscheide gegen Busprivatisierung) und dem Sozialforum Pforzheim Enzkreis.
5. Seit fast 10 Jahren sind Christof Weisenbacher und Wolfgang Schulz im Gemeinderat und setzen sich für die Belange der Pforzheimer Bürger ein.
6. **Wir treten ein für ein sozialeres Pforzheim**, in dem auch weniger Wohlhabende und in Armut lebende Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Wachsende Armut, anhaltende Arbeitslosigkeit, sinkende Einkommen und Niedriglöhne sowie Renten, die zunehmend durch Sozialleistungen ergänzt werden müssen und steigende Wohnungsnot – das ist das Ergebnis der Politik aller etablierten Parteien!

Während der private Reichtum explodiert, wird Pforzheim zu Tode gespart, vor allem zu Lasten der einkommensschwachen Bürger, z.B. Bäder sollen geschlossen werden, kleine Träger wie die AIDS-Hilfe oder der Gehörlosenverein werden gekürzt. Das ist nicht mehr hinnehmbar und erfordert vor allem auf kommunaler Ebene eine aktive Bürgerbewegung.

Es ist uns bewusst, dass einige unserer Forderungen über kommunale Kompetenzen hinausgehen. Aber nur der öffentliche Druck und Einfluss der Menschen aus den Kommunen kann die Landes- und Bundespolitik zu progressiven Änderungen im Sinne der Bürger*innen bewegen.

Wir setzen uns ein in den folgenden Bereichen:

Soziales und Wohnen

1. Mehr Geld für den Sozialbereich, um die Teilhabe und Chancengleichheit aller zu fördern! Keine Kürzungen bei den freien Trägern, die soziale und kulturelle Aufgaben der Stadt erfüllen.
2. Schaffung von bedarfsgerechtem und bezahlbarem Wohnraum! Ein Wohnungsbauprogramm mit min. 100 Wohnungen pro Jahr muss aufgelegt werden, wie die Bürger es im Masterplan beschlossen haben.
3. Eine Sozialwohnungsquote für alle Investoren bei Neubauten von mindestens 30%.
4. Anpassung der Kaltmietobergrenzen an das verfügbare Angebot von angemessenem Wohnraum in einer Mindestgröße und -ausstattung für die Leistungsberechtigten in unserer Stadt.

5. Verbesserung der Lage der SGB II und SGB XII-Bezieher durch den Ausbau der individuellen Beratungs- und Fachkompetenz sowie Bearbeitungsqualität und -effizienz des Jobcenters und des Sozialamtes.
6. Initiierung themengebundener Selbsthilfegruppen zur Hilfestellung für Leistungsbezieher von SGBII und SGBXII
7. Wir wollen generationenübergreifende und alternative Wohn-, Lebens- und Arbeitsformen initiieren und unterstützen. Beispiele sind: die Gewerbekultur Pforzheim eG als Impulsgeber für gemeinschaftliches Leben und Arbeiten in Pforzheim, die Initiative SoLaWi (Solidarische Landwirtschaft), die oZB (ohne Zins Bewegung) oder Komplementärwährungssysteme wie z.B. der Chiemgauer (eine Regionalwährung).
Dazu gehören auch offene Flächen zur freien Gestaltung durch die Bürgerschaft wie zum Beispiel gemeinsame Gärten oder Flächen für urban gardening.

Kultur und Sport

1. Ausreichende finanzielle Unterstützung von Sportvereinen und Sportangeboten. Die Erhöhung der Sportfördermittel und die Abschaffung der Hallenmiete für den Sportbetrieb.
2. Erhalt aller Wasserflächen, keine Schließung von Bädern. Die Bäderlandschaft erhalten, Instand halten und bedarfsgerecht ausbauen.
3. Außensportanlagen von Schulen am Wochenende öffnen.
4. Stärkung der Vereinskultur und des interkulturellen Austauschs der Stadtgesellschaft
5. Erhalt der vorhandenen großen und kleinen kulturellen Einrichtungen wie Theater, Kulturhaus Osterfeld, Museen, kommunales Kino, sonstige Kulturträger und -vereine.
6. Stärkere Förderung der Jugendkultur, Subkultur und kulturellen Bildung.

Demokratie

1. Wir setzen uns für den bundesweiten Volksentscheid ein.
2. Bürgerentscheide in wesentlichen Fragen der Kommune, wie wir dies z.B. für das Projekt Innenstadt-Ost gefordert haben.
3. Gerechte Bürgerentscheide: Zustimmungsquorum (Mindestanzahl an Stimmen) abschaffen, kein Kostendeckungsvorschlag, Termine müssen gemeinsam festgelegt werden eine einfache Mehrheit im Gemeinderat muss einen Bürgerentscheid beschließen können (bisher 2/3 Mehrheit).
4. Umfassende und frühzeitige Bürger*inneninformation und –beteiligung mit Rederecht zu Themen im Gemeinderat.
5. Beteiligung der Bürger*innen durch ein Bürger-Gremium, das per Losverfahren besetzt wird und den Gemeinderat in wichtigen Themen berät.
6. Das Engagement der Bürger*innen muss gefördert und stärker wertgeschätzt werden.
7. Mehr Transparenz und Öffentlichkeit, Offenlegung von Verträgen (z.B. der Privatisierungen oder Innenstadt-Ost), Geheimverhandlungen und –Verträge sind auf ein Mindestmaß zu beschränken.

8. Neben dem Jugendgemeinderat wollen wir offenere und altersgerechte Beteiligung für Kinder und Jugendliche z.B. offenes Forum, Jugendhearings und weitere Beteiligungsformen.

Bildung

1. Die ersten Jahre eines Menschen sind die wichtigsten für seine Entwicklung und Prägung. Deshalb ist es für die Kinderbetreuung unseres Erachtens essenziell die fähigsten und besten Erzieher*innen zu gewinnen. Dafür ist eine substantielle Aufwertung des Berufs u.a. durch Schaffung bester Bedingungen für die Beschäftigten und eine attraktivere Bezahlung notwendig. In der Situation des Kindergartenplatznotstands können wir uns vorstellen zur Ergänzung des pädagogischen Fachpersonals auch fachfremde, aber im Umgang mit Kindern erfahrene Menschen in KiGas und KiTas einzustellen
2. Bedarfsgerecht Betreuungsplätze für Kinder und Schüler*innen schaffen.
3. Schulfähigkeit (Sprach- und Sozialkompetenz) der einzuschulenden Kinder sicherstellen, indem das letzte Jahr im Kindergarten als Pflicht eingeführt wird. .
4. Der Kindergarten ist eine Bildungseinrichtung wie die Schule. Deshalb fordern wir – wie z.B. in Heilbronn und Bad Homburg v.d. Höhe – Kindergartengebühren für alle abzuschaffen.
5. Mehr Spiel- und Freiplätze, Abenteuerspielplätze initiieren.
6. Jugendtreffs flächendeckend erhalten und ausbauen.
7. Zeitnahe Sanierung der Schulen (Insel-, Reuchlin-, Konrad-Adenauer-, Ludwig-Erhard-, Goldeschmiedeschule, Arlingerschule ...)

Integration

1. Die Quartiersmanager bringen Menschen eines Quartiers zusammen und schaffen Begegnungsmöglichkeiten gerade auch mit und zwischen den Migrantengemeinschaften. Sie initiieren Bürgerbeteiligung im Quartiersrat und schaffen dadurch eine Atmosphäre der Identität und des nachbarschaftlichen Umgangs der Bewohner eines Stadtteils/Quartiers. Dies kann wesentlich zur gegenseitigen Integration der verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Quartier beitragen.
2. Quartiersmanagement flächendeckend in der Stadt ausbauen.
3. Einbeziehung der Bürger*innen durch Diskussionsveranstaltungen zu den Themen Zuwanderung, Flucht und Integration.
4. Mehr Investitionen in kostenlose und verbindliche Integrationsangebote wie Sprachförderung, Beratungsangebote, Elternarbeit, „Ankommen“-Kurse, in denen demokratische Werte wie Gleichberechtigung der Geschlechter, Trennung von Religion und Staat etc. vermittelt werden.
5. In Pforzheim sollen alle Einwohner*innen unabhängig von Herkunft, Aufenthalts- und sozialen Status den gleichen Zugang z.B. zu öffentlichen Einrichtungen, zu Bildung, zu menschenwürdigem Wohnraum, zu medizinischer Versorgung haben und die Möglichkeit zur kulturellen und politischen Teilhabe bekommen.¹

¹ Übernommen vom Manifest für eine solidarische Stadt „Solidarity City“ Freiburg

6. Wohnraum für Asylsuchende kleingruppiger und über die Stadt verteilt organisieren.

Wirtschaft und Arbeit

1. Keine weiteren Privatisierungen von Betrieben kommunaler Grundversorgung der Stadt Pforzheim. Stattdessen fordern wir Effizienzkriterien für kommunale Betriebe sowie wirtschaftliche Organisation der Verwaltung und ihrer Eigenbetriebe.
2. Rekommunalisierung aller teil- und vollprivatisierten Betriebe der kommunalen Daseinsvorsorge wie Stadtwerke, Krankenhaus, Verkehrsbetrieb, Technische Dienste, Stadtbau etc., wie in vielen Städten (Berlin...?) bereits geschehen. Wenn notwendig rufen wir die Bürger zu Bürgerentscheiden auf.
3. Klar definierter Kriterienkatalog für Gewerbe- und Industriegebiete und deren Ansiedlungsbedingungen unter Einbeziehung der Bürger*innen. Kein Raubbau an Natur und Naherholungsgebieten. Waldgebiete wie Steinig und Klapfenhardt erhalten, Neuerschließungen müssen mit den Gemeinden in der Region entwickelt werden.
4. Bevorzugte Ansiedlung von Unternehmen, die erstens mittel- und hochwertige Arbeitsplätze schaffen, die zweitens hier ihre Steuern bezahlen, drittens mit existenzsichernden Löhnen und Gehältern und viertens eine gute Arbeits- und Ausbildungsethik.
5. Wir rufen zum öffentlichen Widerstand gegen lokal ansässige Niedriglohnfirmen, schlechte Arbeitsbedingungen und Steuerflucht auf.
6. Keine Zusammenarbeit mit Unternehmen, die sich überwiegend durch Beschäftigung von Eingliederungsbeihilfeempfänger*innen finanzieren.
7. Unterstützung von Unternehmensneugründungen standortgebunden, auch in Zusammenarbeit mit der Hochschule.
8. Intensive und umfassende Hilfen für Menschen, die schwer in den Arbeitsmarkt integriert werden können.
9. Erstellung einer Beschäftigungsstrategie des Jobcenter Pforzheim mit nachhaltigen Maßnahmen für konkrete Beschäftigungsziele vor allem für Jugend- und Langzeitarbeitslose. Deshalb wäre es sinnvoll Wirtschaftsförderung, Beschäftigungsförderung und Arbeitsmarktvermittlung zusammenzuführen.
10. Förderung der Gemeinwohlökonomie durch die Wirtschaftsförderung in Pforzheim. Die Gemeinwohl-Ökonomie bezeichnet ein Wirtschaftssystem, das auf gemeinwohlfördernden Werten aufgebaut ist. Sie ist auf wirtschaftlicher Ebene eine lebbare, konkret umsetzbare Alternative für Unternehmen verschiedener Größen und Rechtsformen; auf politischer Ebene ein Motor für rechtliche Veränderung. Ziel des Engagements ist ein gutes Leben für alle Lebewesen und den Planeten, unterstützt durch ein gemeinwohl-orientiertes Wirtschaftssystem; auf gesellschaftlicher Ebene eine Initiative der Bewusstseinsbildung für Systemwandel, die auf dem gemeinsamen, wertschätzenden Tun möglichst vieler Menschen beruht. Sie versteht sich als ergebnisoffener, partizipativer, lokal wachsender Prozess mit globaler Ausstrahlung.²

² Quelle: <https://www.ecogood.org>

Verkehrspolitik und Stadtbild

1. Systemische Stadtentwicklung, die sämtliche Aspekte wie Verkehr, Gestaltung, Freizeitwert, Aufenthaltsqualität, bedarfsgerechter Branchenmix von Handel und Gewerbe insbesondere in der Innenstadt sowie Bildung und Integration in dem jeweiligen Quartier/Areal berücksichtigt.
2. Erstellung eines Mobilitätskonzeptes unter Beteiligung aller Verkehrsteilnehmer und der Politik in einem Mobilitätsgremium.
3. Feinstaubmessung in der Innenstadt installieren statt in Brötzingen.
4. Ausbau von „Mobil ohne Auto“ zu einer touristisch überregionalen Veranstaltung.
5. Mehrmals im Jahr an Samstagen autofreie Innenstadt und kostenlose ÖPNV-Nutzung.
6. ÖPNV ausbauen, motorisierter Individualverkehr reduzieren. Kostenloser ÖPNV für alle in der Stadt, z.B. finanziert über eine Umlage (durch Citymaut oder Haushaltsabgabe).
7. Umweltfreundliche Busse (Elektrobusse oder Methangasbusse) für den Busverkehr einsetzen, um die Abgasbelastung in der Stadt zu reduzieren.
8. Das Radverkehrskonzept schnell umsetzen, Radverkehrsinfrastruktur ausbauen. Ein E-Bike-Verleihsystem flächendeckend installieren. Das Ziel muss sein den Radverkehrsanteil auf über 10% in Pforzheim auszubauen.
9. Mehr Grün-, Frei- und Spielflächen, damit die Innenstadt attraktiver wird. Schnelle Umsetzung des vorhandenen Spiel- und Freiflächenkonzeptes.
10. Sauberkeit der Stadt verbessern – Stadtreinigung, Müllentsorgung sind Aufgabe der Technischen Dienste. Diese müssen 100% kommunal und arbeitsfähig gemacht werden. Unterstützung und Erweiterung der Aktion „Saubere Stadt“ zur stärkeren Sensibilisierung der Bevölkerung.
11. Eine inhaltliche Diskussion im Gemeinderat und in der Öffentlichkeit mit der Bürgerschaft über das Konzept der „Smart City“.

Finanzpolitik

1. Große Bau- und Infrastrukturmaßnahmen oder zukunftsrelevante Investitionen nur dann tätigen, wenn die Teilhabe einer großen Mehrheit (z.B. durch frühzeitige Bürgerbefragungen) sichergestellt werden kann.
2. Spekulationsverbot mit Finanzen der Stadt. Privatisierungen / PPP-Modelle sind laut Bundesrechnungshof durch die langjährig hohen Renditeerwartungen wesentlich teurer als kommunale Finanzierung und deshalb abzulehnen.
3. Wir sprechen uns gegen das in der Verfassung verankerte und ab 2020 geltende Verschuldungsverbot (die sog. Schuldenbremse) des Bundes und Landes aus. Wir denken, dass in der Folge dessen weitere Kürzungen insbesondere bei Bildung, Soziales und Integration stattfinden werden und Kommunen wie Pforzheim besonders stark betreffen. Damit wird die Handlungsfähigkeit einer Stadt wie Pforzheim noch stärker beschränkt. Schulden sind ambivalent. Neben der Steuerpolitik sind sie die Grundlage des exorbitanten privaten Reichtums einer kleinen Schicht. Doch ohne die Möglichkeit Schulden zu machen, müssten viele Kommunen ihren Bankrott erklären. So muss die öffentliche Hand Schulden vor allem in Form von Investitionen tätigen, um die Binnennachfrage zu stärken.

4. Wir fordern ein von Bund und Land finanziertes Sonderprogramm vor allem für belastete Städte wie Pforzheim, insbesondere in den Bereichen Bildung, Soziales, Integration, Sport, Kultur und Wohnen.
5. Die Reduktion der Schuldenlast ist mittel- und langfristig vor allem durch Steigerung der kommunalen Einnahmen und/oder durch ein Entschuldungsprogramm des Landes oder Bundes mit Auflagen für Pforzheim möglich (sog. Schuldenschnitt). Nur dann erhält Pforzheim wieder finanziellen Spielraum und kann wichtige kommunale Einrichtungen langfristig erhalten oder bedarfsgerecht ausbauen.
6. Die Gewerbesteuer ist die wichtigste Einnahmequelle einer Kommune. Pforzheim hat im Vergleich zu anderen Städten kein besonderes Ausgaben-, sondern im Wesentlichen ein Einnahmenproblem. Die Gewerbesteuereinnahmen sind in den letzten 30 Jahren nicht signifikant gestiegen im Vergleich zu anderen Kommunen und der kommunalen Ausgaben. Die Annahme durch Gewerbesteuersenkung mehr Betriebe und damit mehr Einnahmen zu generieren, ist falsch. Die Gewerbesteuer ist nur ein Standortfaktor von vielen für eine Kommune wie Pforzheim. Deshalb muss die Senkung und Erhöhung der Gewerbesteuer mit Bedacht im Kontext der jeweiligen Haushaltslage betrachtet werden.
7. Wir fordern eine echte Strukturdebatte zur Haushaltslage der Stadt Pforzheim. Dabei muss die strukturelle Basis des Haushaltes unter die Lupe genommen werden. Abhängigkeiten und Folgewirkungen müssen Berücksichtigung finden. Denn Kürzungen an einer Stelle (z.B. bei Sozialleistungen) resultieren oftmals in Folgekosten an anderer Stelle. Eine ehrliche und offene Debatte über „Heilige Kühe“ und Aufgabenreduzierung sowie deren Standards und Merkmale muss in allen Bereichen erfolgen.
8. Wir setzen uns für die Implementierung eines Guthabensystems (Komplementärwährungssystem) ein. Es wird z.B. ein Gutscheinsystem (in Form von Magnetkarten) geschaffen, in dem Pforzheimer Bürger Leistungen für die Gemeinschaft tätigen (z.B. Seniorenhilfe) und im Gegenzug städtische Leistungen in Anspruch nehmen können (Bäder, Verkehr, Theater, Bibliothek etc.). Dies stärkt die Wertschätzung und das Engagement der ehrenamtlichen Tätigkeiten sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
9. Wir fordern dezentrale Verwaltungsanlaufstellen in den Stadtteilen.